

Österreich bekommt KI-Zentrum: Heides Forderung nach Regulierung!

Österreich bekommt ein KI-Zentrum im Rahmen der EU-Initiative zur Förderung von KI-Innovationen und Regulierung.



Österreich - In einem bedeutenden Schritt zur Förderung von Künstlicher Intelligenz (KI) plant EuroHPC die Eröffnung von sechs neuen KI-Zentren in Europa, wovon eines in Österreich entstehen wird. Das erklärte Ziel dieser Zentren ist es, ein europäisches Netzwerk zur Förderung von KI-Innovationen zu schaffen. Dies wurde am 24. März 2025 bekannt gegeben, als Hannes Heide, der SPÖ-EU-Abgeordnete, die Entscheidung begrüßte und die essentielle Rolle der EU im Bereich der Künstlichen Intelligenz unterstrich. Die österreichische Fabrik wird als zentrale Anlaufstelle für Start-ups, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sowie Forscher:innen fungieren, um den Austausch und die Entwicklung im Bereich KI zu fördern, wie **OTS berichtet**.

Heide wies jedoch auch auf die Herausforderungen hin, die mit der Entwicklung und Implementierung von KI-Technologien einhergehen. Insbesondere betonte er die Risiken für Grund- und Menschenrechte, die mit der Anwendung von KI verbunden sind. „Regelmäßige Überprüfungen sind notwendig, um diese Risiken nachhaltig zu adressieren“, so Heide. Zudem äußerte er Bedenken hinsichtlich möglicher Schlupflöcher in der KI-Regulierung, insbesondere im Hinblick auf Ausnahmen für Strafverfolgungsbehörden.

Regulierung durch den KI-Akt

Die EU hat mit dem KI-Akt einen umfassenden regulatorischen Rahmen geschaffen, der insbesondere auf hochriskante KI-Systeme abzielt. Solche Systeme, die entweder in bestimmten Produkten verwendet werden, die unter die Produktsicherheitsvorschriften der EU fallen, oder in spezifischen Bereichen wie kritische Infrastrukturen und Strafverfolgung eingesetzt werden, stellen potenzielle Risiken für Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte dar. Diese Systeme müssen in einer EU-Datenbank registriert werden und werden vor ihrer Markteinführung sowie während ihres gesamten Lebenszyklus bewertet, wie **der Europarl berichtet**.

Ein weiterer Punkt, den Heide hervorhob, war der Fall von Meta, einem Unternehmen, das beschuldigt wird, Raubkopien zur Ausbildung seiner KI-Modelle genutzt zu haben. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, bestehende Regulierungen an die technischen Entwicklungen im KI-Bereich anzupassen und mögliche Schlupflöcher zu schließen. Heide fordert die Europäische Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass die KI-Regeln engmaschig und effizient auf aktuelle Herausforderungen reagieren.

- Die neuen KI-Zentren sollen Innovationen fördern.
- Heide fordert regelmäßige Überprüfungen der KI-Nutzung.
- Hohe Risiken werden für Gesundheit und Grundrechte

gesehen.

- Hochrisiko-KI-Systeme müssen vor Inverkehrbringen bewertet werden.
- Bürger können Beschwerden über KI-Systeme einreichen.

Insgesamt zeigt die Initiierung dieser neuen KI-Zentren in Europa den entschlossenen Schritt der EU, eine Vorreiterrolle im Bereich der Künstlichen Intelligenz einzunehmen, während gleichzeitig die Herausforderungen und Risiken, die diese Technologien mit sich bringen, nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at